

## Provisorische Nationalversammlung. — 5. Sitzung am 22. November 1918.

7

N.V./I.

## Anfrage

des

## Abgeordneten Malik und Genossen an den Staatssekretär für Handel über das Vorgehen des Generalkommissariates für Kriegs- und Übergangswirtschaft.

Die Art, wie der Übergang der Kriegsmaterialien stattfindet, ist eine das Staatsbürgertum und den Staat in gleicher Weise tief schädigende. Das Kriegsmaterial lagert allüberall, Millionenwerte tragend, unbewacht, teils verschwendet, teils geplündert. Es besteht schon seit längerer Zeit das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft. Es zog jedoch in dieses neue Amt der alte bürokratische Geist ein. Ein neues Heer von Beamten und Angestellten ist bis nun das Ergebnis. In die Volkswirtschaft gelangte bisher so gut wie gar nichts. Was in die letztere gelangte, konnte nur mit Überwindung aller umständlichsten Schwierigkeiten geschehen. Überdies wird bei dieser Übergangswirtschaft Grundsätze gehuldigt, denen der allerstärkste Widerstand entgegengesetzt werden muß.

Es geht gewiß nicht an, daß dieses von der Übergangswirtschaft in die Volkswirtschaft zu überleitende Material verschleudert wird. Es geht aber auch nicht an, daß der Staat sich an den Bedürfnissen in der Volkswirtschaft für die Kosten des Krieges oder auch nur einen Teil dieser Mehrkosten des Krieges schadlos haltet oder gar bevorzugen soll. Das Nachstehende mag für vieles, ja alles gesagt sein.

Zur Mobilisierung brauchte zum Beispiel der Staat Kraftwagen und Gummibereifung. Die ersteren wurden assentiert und so niedrig geschätzt, daß die Wagenbesitzer noch heute vielfach auf die Wagen mehrere tausend Kronen schuldig sind. Die Gummibereifungen wurden gegen Minimalpreise requiriert. Sie wurden in Lagern angehäuft, deren Wert viele Millionen betragen, und zwar derart, daß vieles und gutes Material durch unrationelle Lagerung

wertlos wurde. Die defekten Wagen stellte man zu Tausenden in Depots, ließ sie jahrelang stehen, sie wurden vielfach ihrer Bestandteile ausgeplündert und ermöglichen nach dem heutigen Stande um so weniger eine Übersicht, als die Soldaten verschiedener, seither abgetrennter Staaten, einfach stahlen und fortführten, dessen sie habhaft werden konnten. Für diese Schäden will nun die Kriegs- und Übergangswirtschaft den Staat gewissermaßen schadlos halten mit dem verbliebenen Rest des Materials und schädigt so die arbeitenden und unternehmenden Schichten der Staatsbürger in unerhörter Weise.

Es geht nicht an, daß die Staatsverwaltung, welche seinerzeit zu Friedenspreisen einkaufte, mit Kriegspreisnotierungen verkauft. Es geht selbst nicht einmal an, daß die Staatsverwaltung mit einem Material, welches sie zu Kriegspreisen erwarb, mit solchen gegen den Frieden schreitet. Es wäre ungerrecht, ja unmoralisch, die Kriegspreise in die nahende Friedenszeit hinüberzuführen. Es muß endlich entschieden gegen die bürokratische, umständliche Art des Begebungsvorganges Einspruch erhoben werden.

Die Schwerfälligkeit des Verkaufsapparats und die hinzutretende Gefahr der feindlichen Invasion erbittern die Interessentengruppe auf das Allerschärfste um so mehr, als nicht überall einwandfreie Namen und Personen mit diesem Verkaufsgeschäfte verknüpft werden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

I. Ist der Herr Staatssekretär geneigt, zur raschesten Durchführung der Kriegs- und Übergangswirtschaft fähige Faktoren zu

**Provisorische Nationalversammlung. — 5. Sitzung am 22. November 1918.**

berufen, welche bei makellosem Rufe eine kräftige Initiative besitzen, und bei entsprechender Entschlossenheit bereit sind, die volle Verantwortung ihrer nach bestem Wissen und Gewissen vollzogenen Handlungen zu übernehmen?

II. Ist der Herr Staatssekretär geneigt, dahin zu wirken, daß bei der Begebung des Materials die Grundsätze einfachster kaufmännischer Gebahrung (hier das Geld

hier die Ware) beobachtet werden, zu dem Zwecke, damit das Material schleunigst der Bewertung in der Volkswirtschaft zugeführt werde?

III. Ist der Herr Staatssekretär geneigt, verschiedene Materialien, nach Abzug jenes Quantums für den Staatsbedarf, dem freien Verkehr zu übergeben, was viel angemessener wäre?"

Wien, 22. November 1918.

Dufsch.  
Gummer.  
Remetter.  
H. Neunteufel.  
Rittinger.  
Wolf.  
Knirsch.

Malik.  
Banz.  
Leufel.  
Brandl Michael.  
Grusta.  
Ganser.  
Dent.  
Fahrner.